

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 665846 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Horst Peter MdB zur Notwendigkeit, die gesamtdeutsche Innenpolitik sozial und ökologisch zu gestalten: Den Prozeß der Einheit parlamentarisieren!

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zu Anspruch und Wirklichkeit der DDR: Die Dinge realistisch sehen.

Seite 4

45. Jahrgang / 70

10. April 1990

Den Prozeß der Einheit parlamentarisieren!

Zur Notwendigkeit, die gesamtdeutsche Innenpolitik sozial und ökologisch zu gestalten

Von Horst Peter MdB

Die deutsche Einheit ist seit den Wahlen vom 18. März zum Gegenstand gesamtdeutscher Innenpolitik geworden. Die politischen Handlungsfelder lassen sich nicht mehr voneinander trennen, auch wenn es für das Gebiet der DDR sicherlich Übergangsregelungen wie bei der Integration des Saarlandes in das Gebiet der Bundesrepublik geben muß.

Die Maßlatte für gesamtdeutsche Innenpolitik ist die demokratisch-ökologische und soziale Gestaltung des Einheitsprozesses. Damit wird zum Politikziel gesamtdeutscher Innenpolitik die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in allen Regionen: Denn gesamtdeutsche Innenpolitik ist soziale Politik. Ein weiteres Politikziel für gesamtdeutsche Innenpolitik wird sein, für die Menschen insgesamt gesunde natürliche Lebensverhältnisse zu entwickeln und ökologische Gerechtigkeit durchzusetzen: Denn gesamtdeutsche Innenpolitik ist ökologische Politik.

Gesamtdeutsche Innenpolitik wird insbesondere an den verfassungsrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu messen sein, damit die Bürgerinnen und Bürger in beiden deutschen Staaten möglichst früh und umfassend die Gestaltung ihrer Verhältnisse selbst in die Hand nehmen können: denn gesamtdeutsche Innenpolitik ist durch die demokratische Revolution in der DDR erst möglich geworden und deshalb an erster Stelle demokratische Politik.

Die gegenwärtige Politik des Bundeskanzlers wird diesen Erfordernissen gesamtdeutscher Innenpolitik nicht gerecht. Kohl verneint den sozialen Gehalt der deutschen Frage, daß die deutsche Frage eine soziale Frage ist. Er verspricht den Menschen in der DDR sofortigen Wohlstand, weigert sich aber, die Finanzierung der Sozialpolitik für alle Deutschen darzustellen. Statt dessen läßt er Spekulationen über den Umtauschkurs für Löhne und Renten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freundlicher Umgang
mit unseren Kollegen
Recycling-Papier



in der DDR zu und verursacht für die Menschen in der DDR Existenzängste. Wer wegen seines Wahlkampfes mit der Existenz der Menschen spielt, wer Ängste in der Bevölkerung schürt, betreibt soziale Politik.

Der Kanzler hat bisher nicht gesagt, wie eine ökologische Infrastrukturpolitik im Interesse der Menschen in Deutschland aussehen und wie sie finanziert werden soll. Statt dessen läßt er die Goldgräbermentalität derjenigen, die die DDR als Ausbeutungsobjekt verstehen, weiter wuchern. Es wäre eine bittere Ironie der deutsch-deutschen Geschichte, wenn die ökologische Krise der DDR, die Geburtshelferin der Revolution, mit der ökologischen Kolonialisierung der DDR als „Billigaturland“ für den Westen auf die Spitze getrieben wird. Und schließlich und vor allem betrachtet der Kanzler die gesamtdeutsche Politik eher als seine Privatsache und nicht als Angelegenheit der Nation, hat mehr sein Bild in der Geschichte vor Augen und nicht die Interessen der Menschen im Blick.

Dabei wird die Bundesregierung aus durchsichtigen Gründen vordergründig zur Verfechterin der von CDU/CSU über 40 Jahre dementierten deutschen Zweistaatlichkeit. Die DDR-Regierung, die nach dem Willen der DDR-Wähler eine Übergangsregierung sein soll - und auf dieses Ziel war auch die Wahlkampfintervention der Bundesregierung angelegt - und von Kohl in der Realität als Empfängerin von Kanzlerbefehlen verstanden wird, wird zur souveränen Macht hochgelobt, der angeblich von der Bundesregierung nur noch Angebote unterbreitet werden. Die DDR-Regierung samt ihres sozialdemokratischen Anteils wird nur noch als Puffer benötigt. Kohl diktiert zwar die Politik, die Last der Umsetzung und Durchsetzung sollen die DDR-Politiker tragen.

Die Nagelprobe auf diese Scheinsouveränität wäre eine Entscheidung der DDR-Regierung, statt von Artikel 23 GG, der vor die Einheit die Unterwerfung setzt, von Art. 146 GG Gebrauch zu machen, der einen gerechten Ausgleich der Interessen beider Staaten ermöglicht, und einen Staatsvertrag über die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung für ganz Deutschland fordern würde.

Das ist das zweite tragisch-ironische Element der deutsch-deutschen Einigungsgeschichte: die demokratische Revolution der DDR mündet in eine Situation, in der das erste durch Wahl legitimierte Parlament und die erste parlamentarische Regierung der DDR de facto und de jure die Souveränität aufgeben und zum Mündel der Bundesrepublik werden, Volk und Parlamente in beiden deutschen Staaten als Zuschauer des Einigungsprozesses Beifall und Emotionen spenden dürfen.

Kohl will die Vereinigung „von oben“ nach dem Beispiel der deutschen Einigung 1866/71 und analog des europäischen Einigungsprozesses. Das Verhalten der Bundesregierung erhält einen Sinn, wenn unterstellt wird, es solle möglichst viel an gesamtdeutscher Politik über Staatsverträge mit einer Regierung der DDR, die ungleicher Partner ist, hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wer-

den. Den Parlamenten müßte das Verhandelte nur noch zur Ratifizierung, das heißt zu einer Ja-Nein-Entscheidung, vorgelegt werden. Damit würde die gesamtdeutsche Politik in der Startphase, in der die Grundentscheidungen fallen, weitgehend der Mitwirkung des Parlaments und damit des Volkes entzogen. Deutschland hätte bei formaler Zweistaatlichkeit de facto eine gesamtdeutsche Regierung unter Ausschluß der beiden Parlamente von der Gestaltung der Politik.

Die demokratische Gegenposition zum Einigungsprozeß „von und durch oben“ lautet: möglichst viel und dies möglichst schnell durch die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen und dem Volk Entscheidungsalternativen zu präsentieren. In der parlamentarischen Demokratie erfolgt diese Entscheidung zunächst über Wahlen. Die demokratische Schlußfolgerung: der nächste Bundestag muß bereits „gesamtdeutsch“ gewählt werden, damit der Einigungsprozeß parlamentarisiert werden kann.

Dazu wäre die Legislaturperiode des Bundestages voll auszuschöpfen und Wahlen wären für den April 1991 auszuschreiben. Wenn alle Parteien gesamtdeutsche Wahlen in 1991 für möglich halten, dann wäre es sinnvoll, sofort gesamtdeutsch zu wählen. Der Bundestag müßte mit verfassungsändernder Mehrheit sowohl den Sonderfall der Auflösung des im Dezember gewählten Parlaments wg. Neuwahl eines gesamtdeutschen Parlaments nach einer halbjährigen Legislaturperiode beschließen als auch die Fristverlängerung für Neuwahlen, falls 1991 ein späterer Termin als April notwendig wäre. Mit der DDR müßte in einem Staatsvertrag die Ausschreibung gemeinsamer Wahlen zu einem gemeinsamen Parlament verabredet werden.

Dieser Wahlprozeß parlamentarisiert und demokratisiert damit gesamtdeutsche Politik. Die Übergangsgesetze, die für eine soziale und ökologische gesamtdeutsche Politik für das Gebiet der DDR unerlässlich sein werden, würden zur Sache des Parlaments.

Der Bevölkerung der Bundesrepublik müßte dann auch nicht 1990 die Wahl eines Kurzzeit-Parlaments zugemutet werden. Dieses in Zeit und Aufgabenstellung reduzierte Parlament hätte gesamtdeutsche Politik nicht mehr zu entscheiden, wenn auf dieses Rumpf-Parlament in kürzester Frist ein gesamtdeutsches Parlament folgen würde.

Statt inhaltsleerer und funktionsloser bundesdeutscher Teil-Wahlen im Dezember 1990 steht die gesamtdeutsche Wahl mit dem Ziel gesamtdeutsch legitimerter Legislative und Exekutive auf der Tagesordnung.

(-/10.4.1990/vo-he/rs)

* * *

Die Dinge realistisch sehen

Zu Anspruch und Wirklichkeit der DDR

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der seit Mitte November 1989 amtierende DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der kommunistischen SED-Nachfolgeorganisation PDS (Partei der Schuldigen), ist von der DDR-Bevölkerung aus seiner politischen Führungsfunktion herausgewählt worden. Im April 1990 mußte er den Chefsessel räumen. Eine Nachbetrachtung über den Alt-Kommunisten Modrow und sein Wirken in dieser Übergangszeit von der SED-Diktatur zur Mehrparteien-Demokratie in der DDR ist geboten, damit keine Legenden entstehen.

Es kann nicht übersehen werden, daß Modrow in seiner Regierungszeit mit einer ausgeprägten verbalen Täuschungsfähigkeit in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken vermochte, daß er der gute und aufrechte Mann der politischen Erneuerung sei, der nur noch dem Volk und nicht seiner Partei diene. Diese Rolle hat Modrow auf der öffentlichen Bühne gekonnt gespielt. Allerdings hat der Regierungschef der DDR auch nicht darauf verzichtet, hinter den Kulissen gemeinsam mit seinem schnoddrig-lässigen Pendant Gregor Gysi, dem PDS-Chef, alle Fäden zu ziehen, um „seine“ Partei, der er über 40 Jahre in Führungsfunktion treu gedient hatte, über die Runden zu bringen und wenigstens einige Reste der kommunistischen SED-Ideologie in die „neue Zeit“ hinüberzutreten.

Die von planwirtschaftlichen Relikten bestimmte Verhinderungspolitik der von Modrow ernannten Wirtschaftsministerin Christa Luft und das schnell noch vor den freien Wahlen verabschiedete sogenannte Gewerkschaftsgesetz sind nur einige von vielen Beispielen dafür, wie Modrow - oder besser das Polit-Gespann Gysi/Modrow - seine strategischen Denkansätze mit taktischen Gesichtspunkten zu verbinden wußte.

Auch hat es trotz der entsprechenden Ankündigung des in der Maske des Biedermanns auftretende Hans Modrow nie eine echte Chancengleichheit für die neu entstandenen demokratischen Parteien und Gruppierungen gegeben. Bis heute nicht! Die SED/PDS und Modrow wußten das mit viel Geschicklichkeit zu verhindern.

Bei Modrow kann man sagen: Gelernt ist gelernt! Seinen Lenin und dessen Anweisungen für die politische Arbeit der Kommunisten innerhalb und außerhalb der Legalität hat Modrow auch nach dem Umbruch in der DDR nicht vergessen und auch nicht ignoriert.

Dabei hat Modrow mit scheinbar logischen und nicht selten rührseligen Argumenten operiert, um vergessen zu machen, daß er ein führender Funktionär im Stasi-Spitzel-Staat mit seinen inhumanen Unterdrückungs- und Verfolgungsmechanismen gegenüber der Bevölkerung war. Daß ihm dies teilweise sogar gelungen ist, läßt die Erinnerung an den französischen Philosophen Voltaire wachwerden, der da einmal gesagt hat, daß „der Mensch zu viel und zu schnell vergißt“.

Das „Neue Deutschland“, publizistisches Sprachrohr der Gysi-Modrow-Partei, schlagzeilte noch am 3. April 1990 über eine Rede des amtierenden Ministerpräsidenten Modrow vor einem internationalen Forum in Amsterdam mit selbstbewußter Kaltschnäzigkeit: „Modrow: DDR-Werte nicht an der Garderobe abgeben.“

Was meint denn dieser Hans Modrow, der über Monate die Doppelrolle des „Volksdieners“ und des „Parteiretters“ wahrlich gekonnt gespielt hat, mit den „DDR-Werten“?

Da stellen sich doch viele Fragen bei denen, die über 40 Jahre unter den Folgen dieses widerlich korrupten SED-Ladens gelitten haben.

Was sind denn die „DDR-Werte“, von denen Modrow in Amsterdam meinte, daß die DDR-Bürger sie nicht „an der gesamtdeutschen Garderobe abgeben müssen“?

Meinte Modrow vielleicht

- 200.000 Stasi-Spitzel oder auch mehr, die kilometerlange Akten wie ein Spinnennetz über die DDR-Bevölkerung gelegt haben?
- Zehntausende von politisch Verfolgten, die in die Stasi-Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen wurden?
- Eine vergiftete Umwelt, die durch unterlassene Schutzmaßnahmen der SED-Führung entstanden ist und die in den industriellen Ballungszentren der DDR Kinder, Jugendliche und Erwachsene in höchstem Maße gefährdet?
- Eine durch die ideologisch eingefärbte SED-Mißwirtschaft systematisch ruinierte Industrie, die wegen ihrer technischen Uralt-Ausstattung nur ein Drittel (!) der Produktivität der bundesdeutschen Wirtschaft erbringt und unter anderem deshalb den Lebensstandard der DDR-Bevölkerung so unerträglich weit von dem der Bundesrepublik entfernt hat?
- Die DDR-Unternehmen, die durch die stümperhafte SED-Wirtschaftspolitik mit 260 Milliarden Ost-Mark verschuldet sind und deshalb große Probleme haben, bei Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Wettbewerb zu bestehen?
- Ein Wohnraumbestand, der zu 42 Prozent aus der Zeit vor 1919 (!!) und 17 Prozent aus der Zeit vor 1945 stammt, wobei mindestens ein Drittel der DDR-Bevölkerung in Altbauten wohnt, die seit 1945 nicht mehr renoviert worden sind?
- Eine Wohnungsvergabepaxis, in der dem SED-Regimehörige Partei- und Staatsfunktionäre besondere Bevorzugung genossen und die Spitzenfunktionäre der selbsternannten „Partei der Arbeiterklasse“ großräumige Villen und Datschen bewohnten, die weit über die Durchschnittsgröße von 64 qm je Wohnung bei den „Normalverbrauchern“ lagen?
- Ein Rentenniveau, das deutlich unter dem der Bundesrepublik liegt und in vielen Fällen das Existenzminimum unterschreitet, wobei es in der Bundesrepublik die jährliche Anpassung der Renten an die Einkünfte der Erwerbstätigen gibt, während es in der DDR in den letzten 20 Jahren nur fünfmal eine Rentenerhöhung gab?
- Eine wöchentliche Arbeitszeit von 43 3/4 Stunden, die gesetzlich für rund 75 Prozent der Arbeitnehmer festgelegt ist und wo nur in besonderen Ausnahmefällen 42 beziehungsweise 40 Stunden gearbeitet werden muß?
- Der Urlaubsanspruch für die Arbeitnehmer, der sich normalerweise zwischen 18 und 24 Arbeitstagen bewegt und durch die tariflichen Urlaubsregelungen in der Bundesrepublik deutlich übertroffen wird, denn hier liegt der durchschnittliche Grundurlaub bei 32,8 Werktagen?
- Das derzeitige Wege- und Schienennetz in der DDR, das sich größtenteils noch auf dem Vorkriegsstand befindet und dessen Anhebung auf den bundesdeutschen Standard rund 425 Milliarden DM an Investitionen erforderlich macht?
- Eine Energieversorgung, die nahezu ohne jeden Umweltschutz operiert und nach Expertenberechnungen rund 130 Milliarden DM an Investitionen bedarf, um eine einigermaßen erträgliche Umwelt zu erhalten?

- Ein Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung, der mit 7,9 Tonnen SKE (Steinkohleneinheiten) um 40 Prozent über dem Verbrauch in der Bundesrepublik liegt, der höchste in Europa ist und die völlig unwirtschaftliche und wenig effiziente Energieverwendung in der DDR nachdrücklich belegt?

Diese Aufzählung ließe sich beliebig und für alle Lebensbereiche in der DDR weiter ergänzen, um nachhaltig die Frage zu begründen, an welche „DDR-Werte“ der Alt-Kommunist Modrow eigentlich gedacht hat.

Das von seinen SED-Kumpanen und ohne hörbaren Widerspruch von Modrow, dem SED-Zentralkomiteemitglied, bis zur wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit ruinierte Teil-Deutschland ist doch eine einzige Anklage gegen das SED-System, das letztlich alle gängigen Werte der Menschen mißachtet und für seine Zwecke mißbraucht hat.

Nach dem Abtritt von Modrow als Regierungschef muß es jetzt darum gehen, mit den neuen demokratischen Kräften die verheerenden Folgen des SED-Systems gemeinsam mit der Bundesrepublik zu beseitigen.

Ohne diese Bundesrepublik geht es nicht. Das weiß auch Modrow; wäre er sonst Anfang des Jahres in der Erwartung nach Bonn gekommen, mit einem Barscheck von 15 Milliarden DM und weiteren milliardenschweren Hilfszusagen wieder nach Berlin zurückzufliegen?!

Im übrigen gehört es zu den politischen Geschmacklosigkeiten der Alt-Kommunisten Modrow und Gysi, deren SED der Auftraggeber für die Stasi-Aktivitäten war, wenn sie jetzt wieder Massendemonstrationen organisieren, um sich als Beschützer der „arbeitenden Klasse“ aufzuspielen. Das Gedächtnis der DDR-Bevölkerung ist doch nicht so kurz, daß sie vergessen haben könnte, wer diesen Staat so heruntergewirtschaftet und die Interessen der arbeitenden Menschen regelrecht verraten hat. Korruption, persönliche Bereicherung, politische Verfolgung, miese Renten, schlechte Arbeitsbedingungen und vieles andere mehr waren die dubiosen Markenzeichen einer Partei, die sich die „Partei der Arbeiterklasse“ nannte; ein dramatischer Betrug, der den Menschen 40 Jahre ihres Lebens gestohlen hat.

Modrows selbstdarstellerisches Raffinement als „gewendeter Erneuerer“ in seiner „Regierungszeit“ darf den Blick nicht dafür trüben, daß er als Konkursverwalter seiner eigenen Firma lediglich versucht hat, wichtige Reste dieser Firma über die Wahlen am 18. März zu bringen. Mit einer „Belegschaft“ von 66 Volkskammerabgeordneten, und einem Geschäftsanteil von fast 17 Prozent sind Modrow und Gysi im Geschäft geblieben. Wahrscheinlich sind das für Modrow die „DDR-Werte“, an die er am 2. April in Amsterdam gedacht haben mag.

Die wahren Werte in der DDR, das sind die Leidensfähigkeit der Menschen, die Bewahrung ihrer persönlichen Integrität und letztlich ihre geduldige Entschlossenheit, das kommunistische Unrechtssystem eines Tages so abzuschütteln, wie es in den Novembertagen durch die friedliche Revolution geschehen ist. Das aber wird Modrow mit seinem Hinweis auf die „DDR-Werte“ wohl nicht gemeint haben.

(-/10.4.1990/va-he/rs)

* * *